Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,400.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 68. Sonnabend den 8. März 1884. 78. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 9. März,

Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 7. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 26. dieses Monats** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1531. Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Gartenbaues. Vom 26. Februar 1884.

Leipzig, den 4. März 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Bekanntmachung.

Am 10. April laufenden Jahres sind die einjährigen Zinsen von 2300 ℳ Capital, nämlich 1500 ℳ Legat des Herrn Stadtältesten Henze, 300 ℳ Geschenk der Erben des Herrn Kaufmann Thörigen und 500 ℳ Geschenk einer Ungenannten, an arme blinde Leute in hiesiger Stadt zu vertheilen.

Bewerbungen um diese Spenden sind bis zum 31. laufenden Monats schriftlich und unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse bei uns einzureichen.

Leipzig, den 3. März 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Nichtamtlicher Theil.

Die Thronrede.

Die Rede, welche Herr v. Bötticher im Auftrage des Kaisers zur Eröffnung des Reichstages verlesen hat, enthält lediglich die Bestätigung dessen, was durch halbamtliche Mittheilungen schon vorher bekannt war; wir könnten deshalb darauf verzichten, an dieser Stelle die Thronrede zu erörtern, wenn nicht zwei Abschnitte derselben ein näheres Eingehen auf ihren Inhalt rechtfertigten. Der erste Satz, welcher unsere besondere Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, lautet: „Nach dem Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes wird es unsere Aufgabe sein, auf entsprechender organisatorischer Grundlage eine befriedigende Ordnung der Fürsorge für die durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werdenden Arbeiter anzustreben." Schon der gestern erwähnte Artikel der „Prov.-Corr." enthielt eine Andeutung über die Alters- und Invaliditätsversorgung der Arbeiter, die Thronrede kündigt in aller Form an, daß die Fürsorge für die durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter den Schlußstein der socialpolitischen Gesetzgebung bilden soll. Man war bisher zu der Annahme geneigt, daß durch die Ablehnung des Tabakmonopols die Ausführung der Alters- und Invaliditätsversorgung der Arbeiter bis auf Weiteres unausführbar geworden sei und daß deshalb die Lösung dieses Problems auf unbestimmte Zeit vertagt sei. Dem ist aber nicht so, der Gedanke ist nicht nur nicht aufgegeben, sondern soll unmittelbar nach Annahme des Unfallversicherungsgesetzes verwirklicht werden.

Dadurch wird die Grundlage für die Beurtheilung des Unfallversicherungsgesetzes wesentlich erweitert, wenn auch daraus Gründe für die Ablehnung desselben nicht hergeleitet werden können. Für die Beurtheilung des Unfallversicherungsgesetzes kommt nur die Frage der Zweckmäßigkeit und nächstdem die der Ausführbarkeit in Betracht. Wer diese beiden Fragen bejaht, wird dem Gesetz seine Zustimmung geben ohne Rücksicht auf die etwaige weitere Entwicklung der socialpolitischen Gesetzgebung. Daß die verbündeten Regierungen die gestellte Aufgabe selbst für schwierig erachten, geht schon aus der Fassung des betreffenden Abschnittes der Thronrede hervor. Es ist vorläufig erst die Schaffung der organisatorischen Grundlage für das Altersversorgungsgesetz in Aussicht genommen und nachdem diese fertiggestellt ist, soll die Ausführung angestrebt werden. Das wird vermuthlich noch manches Jahr dauern und erst nach Ablauf dieser Zeit kann an Aufhebung des Socialistengesetzes gedacht werden. Das ist der Punct, auf welchem gegenwärtig der Nachdruck ruht und deshalb fügt die Thronrede ausdrücklich hinzu: „Die Erfüllung dieser Pflicht gegen die arbeitende Bevölkerung soll in dieser die Segnungen der friedlichen Entwickelung des geeinten Vaterlandes zum vollen Bewußtsein bringen, damit den auf den Umsturz göttlicher und menschlicher Ordnung gerichteten Bestrebungen revolutionärer Elemente der Boden entzogen und die Beseitigung der erlassenen Ausnahmemaßregeln angebahnt werde."

Die verbündeten Regierungen stehen mit dieser Erklärung fest und consequent auf dem Boden des Gesetzes vom 21. October 1878, des sogenannten Socialistengesetzes; es darf aber andererseits nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß die damals bestehenden Voraussetzungen sich nicht als vollständig zutreffend erwiesen haben. Im Jahre 1878 bestand auf Seite der verbündeten Regierungen die Absicht, durch das Tabakmonopol die Mittel für die Altersversorgung der Arbeiter zu schaffen und dieser Absicht wurde in der Thronrede vom 17. November 1881 Ausdruck gegeben. Inzwischen haben die Berathungen des Reichstages darüber volle Klarheit verbreitet, daß die Altersversorgung der Arbeiter in der ursprünglich beabsichtigten Form nicht ausführbar ist, und ferner, daß die finanzielle Voraussetzung der Altersversorgung der Arbeiter durch die Ablehnung der Tabakmonopolvorlage hinfällig geworden. Die verbündeten Regierungen haben deshalb auch von der Festsetzung eines Termines für die Verwirklichung der Altersversorgung der Arbeiter Abstand genommen und unabhängig davon eine zweijährige Verlängerung der Geltungsdauer des Socialistengesetzes beantragt. Es ergiebt sich daraus die Nothwendigkeit, mit der Berathung des Antrages im Reichstage eine Erörterung über die Art der Ausführung der Altersversorgungsidee zu verbinden und man darf darauf gespannt sein, welche Aufklärungen vom Bundesrathstische in dieser Beziehung gegeben werden. Auf sehr lebhafte Debatten im Reichstage kann unter diesen Umständen mit Sicherheit gerechnet werden, es bleibt deshalb zu hoffen und zu wünschen, daß dieselben auch nicht resultatlos verlaufen, sondern zur Auffindung der Grundlage führen, auf welcher die so segensreiche Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter errichtet werden kann. Gelingt die Lösung dieser schwierigen Aufgabe, dann ist auch nicht zu bezweifeln, daß die Mehrheit des Reichstages ihre Zustimmung zur Verlängerung der Geltungsdauer des Socialistengesetzes ertheilen wird.

Der zweite Abschnitt der Thronrede, welcher einige Worte der Besprechung erheischt, ist der die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten betreffende. Von allen europäischen Völkern, welchen die Erhaltung des Friedens am Herzen liegt, werden die nachfolgenden Worte der Thronrede freudig begrüßt werden: „Die Gleichheit der friedliebenden Gesinnung, welche die uns benachbarten und befreundeten Mächte beseelt, begründet zwischen ihnen und uns eine Solidarität, welche die Erhaltung des Friedens nicht nur für Deutschland nach menschlicher Voraussicht als gesichert erscheinen läßt. Die Befestigung der ererbten Freundschaft, welche Deutschland und seine Fürsten mit den benachbarten Kaiserhöfen verbindet, und die Aufnahme, welche Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz in Vertretung Sr. Majestät des Kaisers in Italien und Spanien gefunden hat, beweisen, daß dem Ansehen der deutschen Nation im Auslande das Vertrauen der Fürsten und Völker auf unsere Politik zur Seite steht."

Es ist unzweifelhaft, daß dieser Absatz der Thronrede in erster Linie den veränderten Beziehungen des deutschen Reiches zu Rußland gewidmet ist. Die ererbte Freundschaft, welche Deutschland und seine Fürsten mit den benachbarten Kaiserhöfen verbindet, konnte in den letzten fünf Jahren nicht in den Thronreden bei Eröffnung des Reichstages betont werden, weil an Stelle des Plurals der Singular hätte treten müssen und dadurch wäre ein Mißton in die übrigens herrschende Harmonie gebracht worden. Glücklicher Weise ist durch die Aussöhnung mit Rußland in neuester Zeit eine neue Friedensbürgschaft hinzu gekommen, welche den bisher zu den übrigen Mächten bestehenden guten Beziehungen keinerlei Eintrag thut.

Die Worte „nicht nur für Deutschland" würden vermuthlich eine andere allgemeinere Fassung in der Thronrede erhalten haben, wenn nicht eine Macht in Europa vorhanden wäre, über deren Friedensliebe begründete Zweifel obwalten. Das Moltke'sche Wort, daß wir stark genug sind, um den europäischen Frieden auch gegen den Willen von Friedensstörern aufrecht zu erhalten, muß und kann uns auch darüber trösten.

*

Ueber den Eindruck, welchen die Thronrede in Berlin gemacht, wird uns von dort vom Donnerstag geschrieben:

Die Eröffnung des Reichstages wurde heute in einer so kühlen und geschäftsordnungsmäßigen Weise vollzogen, wie es kaum je vorher der Fall gewesen ist, wenngleich, was seit einer Reihe von Jahren nicht beobachtet wurde, diesmal dem Eröffnungsacte ein Gottesdienst für die evangelischen Mitglieder im Dome, für die katholischen in der Hedwigskirche vorherging. Nur wenige Mitglieder, zumeist Angehörige der conservativen Parteien, hatten sich in dem herrlichen Saale des königlichen Schlosses zusammengefunden und die Verlesung der Thronrede durch den Staatsminister von Bötticher wurde von keiner Seite durch irgend ein Bravo unterbrochen. Auch der Ton der ganzen Thronrede ist so kühl, so geschäftsmäßig, als es sich nur erreichen ließ. Auf eine Ueberraschung war man allerdings nirgends vorbereitet, ja eigentlich wußte man den Inhalt diesmal ganz genau vorher. Daß die Verlängerung des Socialistengesetzes außer dem Unfallversicherungsgesetz und dem neuen Actiengesetz das Parlament beschäftigen würde, war bekannt; auch daß das Pensionsgesetz für Wittwen und Waisen der Angehörigen der Marine und des Heeres wiederum eingebracht würde, war bereits vorher gemeldet worden. Indessen enthält die Thronrede doch einen Satz, welcher nicht nur im Inlande, sondern auch in den Nachbarstaaten hohe Befriedigung hervorrufen wird: es sind die Auslassungen über unsere Beziehungen zu den andern Mächten, in denen die innige Ueberzeugung von der Fortdauer des Friedens ihren Ausdruck findet, und in denen noch besonders auf die freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich und Rußland hingewiesen ist. Daraus, daß die beiden Kaiserreiche ausdrücklich erwähnt werden, darf man wohl den Schluß ziehen, daß wenn auch die Meldung des „Standard"-Correspondenten vom Abschluß eines förmlichen neuen Dreikaiserbündnisses in das Bereich der Fabel zu verweisen ist, immerhin die Beziehungen zwischen den drei mitteleuropäischen Großmächten in der letzten Zeit enger geworden sind, und ist dieses ein Wink nach dem Westen hin, welcher den Franzosen in Bezug auf chauvinistische Hetzereien wohl einige Vorsicht aufzuerlegen im Stande sein dürfte. Wir haben Frieden und wir behalten ihn, dieses Wort der Thronrede ist so viel werth, daß seinetwegen allein die Kritik anderen Puncten gegenüber schweigen müßte. Der Unternehmungsgeist gewinnt durch ein solches Wort einen neuen Aufschwung, und dieser Eindruck zeigte sich auch heute ebensowohl an der Börse, wie in allen anderen politischen und parlamentarischen Kreisen.

Leipzig, 8. März 1884.

* Unter dem Vorsitze des Staatsministers v. Boetticher und demnächst, nach eingetretener Behinderung desselben, unter dem Vorsitz des königlich bayerischen Ministerialraths von Kastner wurde am 5. März eine Plenarsitzung des Bundesraths abgehalten. Die Versammlung ertheilte ihre Zustimmung den Gesetzentwürfen, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878; die Bewilligung von Mitteln zu Zwecken der Marineverwaltung; die Prisengerichtsbarkeit; die Abänderung des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfscassen vom 7. April 1876. Den Anträgen der Ausschüsse wegen der Vorschläge, welche Sr. Majestät dem Kaiser für die bei dem Reichsgericht zu besetzenden Stellen vorzulegen sind, trat die Versammlung bei. Nachdem über die geschäftliche Behandlung einer Eingabe Beschluß gefaßt war, schritt die Versammlung schließlich zur Wahl von Commissarien für die Verhandlungen im Reichstage.

* Der 5. Bericht der Petitionscommission des preußischen Abgeordnetenhauses handelt von der vielbesprochenen Angelegenheit der Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Kurfürsten von Hessen. Die Allodialerben des verstorbenen Kurfürsten haben darum petitionirt, daß den Privaterben des Kurfürsten ein entsprechender Theil der in der Sequestration vereinnahmten Revenuen ausgehändigt, mindestens aber denselben unter Zurückziehung des erhobenen Competenzconflictes der beschrittene Rechtsweg offen gelassen werde. Die Petitionscommission hat nach gründlicher Erörterung der schwierigen Rechtsfrage, deren Resultat in dem Bericht niedergelegt ist, mit 16 gegen 6 Stimmen den Antrag gestellt, das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, mit Rücksicht auf die Erklärung der königlichen Staatsregierung, daß sie in Folge des Beschlusses des Herrenhauses vom 14. März 1883 die Angelegenheit der Petenten einer erneuten Erwägung unterzogen habe, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

* Abg. Stöcker, unterstützt von der conservativen Partei, hat den Antrag gestellt: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, auf Abstellung des in den größeren Gemeinden, namentlich den Großstädten, bestehenden kirchlichen Nothstandes hinzuwirken und, soweit es hierzu erforderlich ist, eine Abänderung der bezüglichen Gesetzgebung, sowie die Bewilligung von Staatsmitteln herbeizuführen.

* Die interessanten Enthüllungen aus den socialdemokratischen Kreisen mehren sich fortwährend anläßlich des Zwiespalts im socialdemokratischen Lager. So kamen, wie man dem „Schw. M." berichtet, durch die kürzlich in Nürnberg verhandelte Beleidigungsklage Hasenclever's gegen den Redacteur des fortschrittlichen „Fränk. Kur." durch die Aussagen von Socialdemokraten höchst interessante Thatsachen ans Tageslicht. Ein Nürnberger Socialdemokrat, der als Agitator für den socialdemokratischen Candidaten bei der letzten Reichstagswahl aufgetreten war, gab seine Erfahrungen über Verwendung der unter den verschiedensten Angaben in den socialistischen Kreisen gesammelten Gelder kund. Der Zeuge hatte selbst eine größere Summe für die „Ausgewiesenen" gesammelt und als er das Geld dem Reichstagsabgeordneten Grillenberger überbrachte, habe derselbe geäußert: „Das Geld ist für den Wahlfonds recht." Ein aus Berlin ausgewiesener anderer Zeuge, der jedoch noch zwei Jahre daselbst während des Belagerungszustandes weilte, schilderte die Mißstimmung, die bei einem großen Theil der Socialdemokratie, namentlich in Berlin, gegen den „Führerring" herrsche. Diese Mißstimmung werde besonders durch die Art und Weise der Vertheilung der für die Ausgewiesenen gesammelten Gelder genährt, die den Führern genehmen Persönlichkeiten würden mit großen Summen bedacht, während Leute, die ihnen weniger convenirten, mit kleinen Beträgen abgefunden würden. Als für den Wydener Socialistencongreß in Berlin den „Führern" nicht passende Delegirte gewählt worden wären, habe man die Nichtabhaltung des Congresses verkündet und dann erst später die Abhaltung des Congresses so plötzlich anberaumt, daß eine Vorbereitung zur Wahl von Delegirten nicht mehr möglich gewesen sei.

* * *

* Der im österreichischen Abgeordnetenhause vertheilte Bericht des Budgetausschusses ist ein merkwürdiges Actenstück. Er constatirt, daß nach den Bewilligungen des Ausschusses das Deficit sich von 38 auf 40 Millionen erhöht hat, anstatt daß das Bestreben des Ausschusses hätte sein sollen, den Abgang herabzumindern. Der Berichterstatter des Ausschusses tröstet sich aber damit, daß das ordentliche Budget nur ein Deficit von 5 Millionen gegen 9 Millionen im Vorjahre, also eine Besserung von 43 Procent, aufzuweisen habe, als ob die Mehrausgaben des außerordentlichen Budgets nicht alljährlich und ordentlich wiederkehren und dieses Mehr nicht ebenfalls im Steuerwege bezahlt werden müßte. Der Bericht erklärte es auch für nothwendig, daß jetzt erst die Steuererhöhungen an die Reihe kommen; dann erst könne man an eine Steuerreform denken.

* In der „Grazer Tagespost" lesen wir: „Das von der statistischen Central-Commission herausgegebene Ortsrepertorium von Kärnten bringt uns eine neue Bescheerung der heute blühenden Slawisirungsbestrebungen in einer Anzahl von slowenischen Ortsbezeichnungen für vollkommen deutsche Oertlichkeiten, die im Volksmunde gar nicht bestehen oder üblich sind und nachgerade für dieses Ortsrepertorium speciell gemacht werden mußten ... Welche Berechtigung kann dafür geltend gemacht werden, in den rein deutschen Gerichtsbezirken St. Leonhard und Wolfsberg für die Ortschaften Erzberg, Gräbern, Klening, Theißing, Waldenstein, Fuest, Göffel, Kamp und Lading die theils ins Slowenische übersetzten, theils nur slowenisch klingenden Namen: Rudnazorn, Gradle, Klince, Deznig, Baltenstanj, Borst, Gozdje, Pod, Komom und Ladine; im politischen Bezirke St. Veit: für Kading — Nadje, Wietnig — Vetnig, Deutschgriffen — Gebinje, Gurk — Sveta, Hemma (— heil. Emma), Weitensfeld — Vajtensfeld, Obermühlbach — Zgornje Mlinice, Schaumboden — Saomboden, Steinbüchl — Stajnbühl; im politischen Bezirk Klagenfurt für Reichenau — Najhenav, Steierberg — Stajerberg, endlich im Spitaler politischen Bezirke für Kremsbrücken — Krmski Most, Berg — Gora, Bruggen — Mostik, Kerschbaum — Cresnja, Kleinkirchheim — Mala Cirkira, Lind — Lipa, Winklern — Kot ꝛc. zu setzen, welche Namen so wenig jemals bestanden haben, als die in diesem statistischen Musterwerke für den Stadttheil Schoßbach in Wolfsberg aufgebrachte Bezeichnung „Gradnica", bei welcher Uebersetzung à tout prix dem slawophilen Statistiker das Malheur passirte, für die uralte und noch heute gültige Bezeichnung „Schoßbach", „Schloßbach" zu lesen — ein Versehen, das so recht kennzeichnet, welchen Werth man selbst bei staatlichen statistischen Arbeiten (NB. Centralbureau für Statistik) auf die Wahrheit legt, wo es gilt, einem zum größeren Theile deutsch sprechenden und deutsch denkenden Kronlande ein slawisches Gepräge aufoctroyiren zu wollen." Das ist das deutsche Recht des Herrn Taaffe, daß Deutsch factisch die Staatssprache sei, wenn in officiellen Werken in rein deutschen Gemeinden so ein Frevel passiren kann.

* Die „Agence Havas" läßt sich angeblich aus Köln folgende Mittheilungen über die Annäherung Rußlands an Deutschland telegraphiren:

Im Hinblick auf die so verschiedenen und so unwahrscheinlichen Behauptungen, die bezüglich der Annäherung Deutschlands und Rußlands aufgestellt worden sind, ist es nothwendig, nochmals zu versichern, daß man bis auf Weiteres in dieser Evolution die einfache officielle Annäherung zweier Länder erblicken muß, deren Bevölkerungen vielleicht nicht immer große Gemeinschaft oder eine ausgeprägte Sympathie an den Tag gelegt haben, deren Souveräne und Regierungen jedoch überzeugt sind, daß kein ernsthaftes Motiv, kein politisches Interesse im Inneren wie im Auslande dafür vorhanden ist, einander zu bekriegen. Abgesehen von friedlichen Gesinnungen beseelt, haben sie deshalb jeden Vorwand für Mißverständnisse und für Erbitterungen beseitigen wollen; sie suchen nicht blos den Frieden zu befestigen, sondern auch, indem sie ihren Beziehungen einen für Jedermann ersichtlichen Charakter absoluter Herzlichkeit verleihen, einander die Vortheile dieses Friedens zu sichern, um jeder für sich in der Zukunft die Entwickelung ihrer nationalen Interessen freier betreiben zu können.

Diese Annäherung hat nichts, was Frankreich erschrecken könnte. Die Wahl des Fürsten Orlow, welcher dreizehn Jahre hindurch in Paris geweilt hat und während seiner neuen Mission die Werthschätzung und den Respect nicht vergessen kann, die er in Frankreich gewonnen hat, ist einer der besten Beweise für jene Annahme. Ueberdies muß man diese Annäherung als ein eminent friedliches Anzeichen betrachten. Die russische Kanzlei hat, seitdem sie durch Herrn von Giers geleitet wird, nicht einen Augenblick aufgehört, nach allen Richtungen an der Aufrechterhaltung des Friedens zu arbeiten.

Diese Neigung zum Frieden, welche den Grundzug im Charakter des russischen Ministers des Auswärtigen bildet, welche gewissermaßen seine herrschende Leidenschaft darstellt, hat soeben triumphirt, und wenn es wahr ist, daß beim Beginne der gegenwärtigen Regierung einiges Zögern stattfand, so hat Alexander III. doch seitdem den Ideen seiner Kanzlei völlig beigepflichtet; heute wünscht er den Frieden mit seinem mächtigen Nachbar. . . . Es ist dies übrigens die Folge der gegenwärtigen europäischen Lage. . . . Durch seine eigenen Interessen gezwungen, in Frieden mit Deutschland zu leben, hat Rußland aus diesem Frieden alle Vortheile ziehen wollen. Es ist dies also eine Vernunftheirath und keine Ehe aus Neigung. Die Einigung ist durch ein wechselseitiges politisches Interesse geleitet worden: es ist aber unmöglich, zu behaupten, daß das Herz den mindesten Antheil dabei genommen habe.

Die Annäherung war unvermeidlich. Rußland fand sich durch den deutschen Kolotz, der an seiner Seite entbrannt war, gewissermaßen geklemmt. In jeder der innern oder äußern Fragen war die russische Regierung gezwungen, ehe sie eine auch noch so unbedeutende Entscheidung traf, sich zu fragen, ob der ehemals mürrische Nachbar nicht in seinen Interessen getroffen werde, ob er nicht Schwierigkeiten machen würde. . . . Es war dies ein unabweisbarer Zwang für diejenigen, welche die Leitung der russischen Politik hatten, ein Zwang, der stets wuchs, und welchen die deutsche Politik in den letzten Monaten aufs Höchste gesteigert hatte, indem sie den ganzen Südwesten Rußlands mit einem Netze umspannte, das jede Bewegung zu lähmen vermochte. Es war daher dringend nothwendig, sich um jeden Preis davon zu befreien.

Indem die officiöse Depesche dann die Correspondenz des „Standard" erörtert, welcher vorgab, die Clauseln eines zwischen Deutschland und Rußland abgeschlossenen Vertrages mittheilen zu können, hält der Gewährsmann der „Agence Havas" dafür, daß kein formeller Vertrag abgeschlossen zu sein braucht, sondern nur ein persönliches Einvernehmen, das bei der Unterredung des Fürsten Bismarck mit Herrn von Giers in Friedrichsruh erzielt wurde.

* Die „Polit. Corresp." veröffentlicht den Wortlaut der Circularnote, in welcher der serbische Minister des Auswärtigen die Gründe des eingetretenen Ministerwechsels erörtert und auch fernerhin eine Politik der freundschaftlichen Beziehungen zu den anderen Staaten zu pflegen verspricht. Zu Ehren des deutschen Ministerresidenten, Grafen Brandenburg, dem von dem König von Serbien das Großkreuz des Takowaordens verliehen wurde, fand, wie der „Politischen Correspondenz" aus Belgrad gemeldet wird, kürzlich ein Galadiner am serbischen Hofe statt.

* Nachdem die Pforte auf die erste Note des Herrn von Nelidoff die Verzögerung der Zahlung der Kriegsentschädigung an Rußland in ihrer Art aufgeklärt hat, ist nunmehr dem russischen Botschafter eine zweite Note in Konstantinopel überreicht worden, in welcher erklärt wird, daß der Rückstand zu groß sei, um durch den Fall der Getreidepreise genügend aufgeklärt zu erscheinen, und die Pforte möge daher bekannt geben, welche Maßregeln sie getroffen hat, um die fällige Zahlung zu leisten.

* Wie ein Privattelegramm der „Vossischen Zeitung" aus Paris meldet, planen die dortigen unbeschäftigten Arbeiter eine neue große Versammlung auf offener Straße. Es hat jedoch den Anschein, als ob dieser Plan von denselben anarchistischen Elementen ausginge, welche zum vergangenen Sonntag nach dem Saale in der Rivolistraße eine Versammlung einberufen hatten, um den Urhebern der Wiener Attentate ihre Sympathien kund zu geben. Bereits in jener Versammlung, der etwa 150 bis 200 Personen beiwohnten, wurde ein „Aufruf an die Bürger Arbeiter!" verbreitet, dessen Inhalt erst heute durch die Blätter bekannt wird. In dem Aufruf, der auch in Pariser Werkstätten und auf der Straße vertheilt worden ist, finden sich folgende, ihren Ursprung deutlich verrathende Stellen:

Beweisen wir der Bourgeoisie, daß, wenn unsere Väter im Jahre 1789 zu ihrer politischen Emancipation Bastillen umzustürzen verstanden, wir wegen unserer socialen und wirthschaftlichen Emancipation die Bastillen der Capitalisten niederzuwerfen verstehen werden. Die Natur hat uns bei unserer Geburt ein unveräußerliches Recht gegeben, welches unsere Herrscher eingestanden außer Stande sind: nämlich das Recht auf die Existenz. Was verlangen wir in der Versammlung auf offener Straße? Das Recht, uns zu versammeln, unsere Klagen an die höchste Stelle gelangen zu lassen. Was wollen wir? Arbeit, um unser Leben zu fristen und den Ueberfluß zu vergehren, der ausschließlich unser unbestreitbares Eigenthum ist, welches wir producirt haben, und diese Production besteht nur, weil wir in die vollständige Unmöglichkeit versetzt sind, Das, was uns nothwendig ist, zu erhalten. . . . Feste Stützen des Princips „Einer für Alle und Alle für Einen", glauben wir nur an die Republik der Arbeit, und wir nennen eine sociale Ungerechtigkeit die heutige Bourgeoisie-Republik, die auf dem Princip der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, welches einer Classe Müßiggänger das Recht giebt, die große Masse der Producenten im Namen des Gesetzes, des gesetzlichen Diebstahls, der Ausbeutung und der Autorität auszuhungern."

* In Italien ist man über die Beilegung der Ministerkrise sehr befriedigt. Es heißt, daß der König persönlich auf den Ministerpräsidenten eingewirkt hat, um ihn zu bewegen, von der bereits beschlossenen Demission abzustehen. Depretis habe dem Drängen des Königs nachgegeben und auch den Unterrichtsminister Baccelli, welcher eigentlich durch die jüngste Entscheidung der Kammer zunächst und in erster Reihe getroffen war, zum Bleiben bewogen. Von anderer Seite wird allerdings behauptet, die Krise sei nicht aus der